

Rede und Antworten der niedersächsischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé, anlässlich einer mündlichen Anfrage der FDP-Landtagsfraktion zum Thema

„Zukunft der EU-Förderung in Niedersachsen“

Hannover, 20. April 2018

Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ministerpräsident Weil im Jahre 2013 hat die Landesregierung die stärkere Regionalisierung der Landesentwicklung und Strukturpolitik zu einem Schwerpunktthema und Chancengleichheit für alle Regionen des Landes als wichtiges Ziel erklärt. Um die Abstimmungsprozesse zwischen der regionalen Ebene auf der einen und der staatlichen Ebene auf der anderen Seite zu optimieren, hat das Land Niedersachsen im Jahr 2014 die vier Ämter für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems geschaffen.

Für die Umsetzung unserer Förderpolitik haben wir neben den Ämtern für regionale Landesentwicklung mit der NBank eine landeseigene Förderbank, ebenfalls mit großem fachspezifischem Know-how. Sie ist das zentrale Förderinstitut des Landes in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Wohnraum- und Infrastrukturfinanzierung. Regionale Entwicklung und EU-Förderung zum Regierungswechsel 2013 zunächst in der Staatskanzlei anzusiedeln, war ein notwendiger erster Schritt, um die Bedeutung der Regionalpolitik zu unterstreichen. Der neue Geist der Regionalentwicklung hat sich gefestigt, die Ämter sind etabliert und geachtet, und mit der Gründung des Regionalministeriums, das ich leiten darf, hat die neue Landesregierung im vergangenen Jahr ihr Engagement für die niedersächsischen Regionen bekräftigt und verstärkt.

Auch die neue Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, allen Teilen des Landes eine zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen und die ländlichen Räume zu stärken. Schon in der Präambel des Koalitionsvertrages von SPD und CDU legen sich die Koalitionäre darauf fest, die Städte und Gemeinden nach Kräften zu unterstützen und die Lebensqualität sowohl in den Städten als auch auf dem Land zu verbessern. In allen Teilen des Landes sollen gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden. Dafür wird die seit 2013 begonnene Schwerpunktsetzung im neu geschaffenen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung weiter fortgesetzt.

Im Übrigen zeigen auch Entwicklungen in anderen Bundesländern, dass der in Niedersachsen eingeschlagene Weg auch dort unterstützt wird. In Bayern ist gerade ein Ministerium eingerichtet worden, das auch die Regionalentwicklung als einen seiner Schwerpunkte hat. Und Sie wissen auch, dass sich der Koalitionsvertrag auf Bundesebene der Förderung der ländlichen Entwicklung zur Erzielung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gleich in mehreren Passagen widmet.

Für Niedersachsen gilt ebenso wie für alle anderen Bundesländer: Eine erfolgreiche Regionalpolitik ist ohne Einsatz von Fördermitteln der EU schwer darstellbar. Die Milliarden aus Brüssel sind für ganz Deutschland unverzichtbar. Uns alle treibt aber heute schon die Frage um, was wir von der kommenden EU-Förderperiode zu erwarten haben? Sie wissen, dass der zuständige Haushaltskommissar Günther Oettinger am 2. Mai vorstellen wird, wie der Mehrjährige Finanzrahmen für die nächste Förderperiode aussehen soll.

Leider lässt sich bisher noch nicht abschätzen, in welcher Form es mit den europäischen Struktur- und Investitionsfonds weitergehen wird. Der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Kommission scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. Es gibt unterschiedliche Aussagen beispielsweise zur grundsätzlichen Ausrichtung der EU-Förderpolitik, die zwischen der Beibehaltung des bestehenden Systems auf der einen und der Konzentration der Fördermittel auf die weniger entwickelten EU-Mitgliedsstaaten auf der anderen Seite pendeln.

Bei der Europaministerkonferenz unter niedersächsischem Vorsitz in Berlin am 15. Februar dieses Jahres hat der Haushaltskommissar Günther Oettinger angeführt, dass durch den Brexit ein Einnahmeausfall von bis zu 14 Milliarden Euro pro Jahr zu erwarten sei. Dazu komme ein Mehrbedarf der EU für neue Aufgabenfelder – wie z.B. Grenzsicherung, Migration, Entwicklungszusammenarbeit – in Höhe von etwa zehn Milliarden Euro pro Jahr. Nach seinen Ausführungen sollen Einsparungen den Einnahmeausfall wegen des Brexit zu 50 Prozent und den Mehrbedarf für neue Aufgaben zu 20 Prozent kompensieren. Die übrigen fehlenden Mittel sollen aus höheren Beitragsleistungen der Mitgliedstaaten kommen. Zusätzlich sollen sie über eigene Einnahmequellen der EU gedeckt werden. Kommissar Oettinger hat mit Blick auf diese Finanzsituation vor der Europaministerkonferenz erklärt, zu einem Kahlschlag bei der Förderung werde es nicht kommen. Er sprach von maßvollen Kürzungen zwischen fünf und zehn Prozent. Diese Ausführungen hat er in den folgenden Wochen mehrfach wiederholt – u.a. auch in dem Radiointerview einen Monat später, aus dem die Fragesteller der FDP-Fraktion zitieren.

In diesem Zusammenhang ist es sehr erfreulich, dass die Bundesregierung in ihrem bereits erwähnten Koalitionsvertrag eine Erhöhung ihrer Beiträge nicht ausschließt. Dort heißt es: „(...) Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit. (...)“ Für die Gemeinsame Agrarpolitik – kurz GAP genannt – zeichnen sich ebenfalls Planungen der Kommission für die Zeit nach 2020 ab. Demnach würde die EU nur noch grundlegende Richtlinienparameter festlegen. Die Mitgliedstaaten müssten die festgelegten Ziele in Selbstverantwortlichkeit erreichen. Kommissar Oettinger hat sich dazu wie folgt geäußert: „(...) Es werden jedoch zunehmend Forderungen laut, die Gemeinsame Agrarpolitik stärker auf die Bereitstellung öffentlicher Güter im Bereich Umweltschutz und Klimapolitik auszurichten. Dazu wären mehr gezielte und regional angepasste Fördermaßnahmen notwendig (...)“.

Sollte sich Kommissar Oettinger durchsetzen, wird im Ergebnis die strategische Ausrichtung der ersten und zweiten Säule der Agrarförderung zukünftig enger ineinander greifen müssen als bisher. Die Europäische Kommission geht mit ihren, den Mehrjährigen Finanzrahmen vorbereitenden Aussagen davon aus, dass eine größere Verzahnung der Fördermittel für eine Stärkung der ländlichen Räume insgesamt genutzt werden sollte. Auch Agrarkommissar Hogan führt aus, dass die Art und Weise der Zahlungen im Rahmen des Systems der Direktzahlungen auf den Prüfstand müsse. Unter Beibehaltung der bestehenden Zweisäulenstruktur würden im Rahmen eines einfachen und flexibleren Ansatzes konkrete Maßnahmen festgelegt, durch die die auf EU-Ebene vereinbarten Ziele erreicht werden sollen.

Jeder EU-Mitgliedstaat werde angehalten, seine eigenen – von der Kommission zu genehmigenden – Strategiepläne vorzulegen. Darin solle darlegt werden, wie jedes einzelne Mitgliedsland die Ziele erreichen will. Kommissionsvizepräsident Katainen brachte das neue Verhältnis zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten auf den Punkt: „(...) Die Antwort auf die Frage ‚Was soll gemacht werden?‘, wird Aufgabe der EU sein. Die Frage ‚Wie soll es gemacht und umgesetzt werden?‘, wird Sache der Mitgliedstaaten sein. (...)“.

Niedersachsen praktiziert die Verzahnung der Fördertöpfe bereits jetzt. Der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, der Österreicher Richard Kühnel, hat Niedersachsen bei seinem jüngsten Besuch vor dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung am 5. Februar dieses Jahres bescheinigt – hier sitzen ja einige Kolleginnen und Kollegen, die dabei waren –, dass hier in Niedersachsen „künftige kommissionseitige Konzepte geradezu antizipiert“ würden. Die niedersächsische Multifonds-Herangehensweise sei in Deutschland bislang einzigartig. In diesem Zuge sei das Land schon jetzt fortschrittlich aufgestellt. Und um Herrn Kühnel noch einmal abschließend zu zitieren: „Es wird gesamthaft gedacht und vorgegangen. Das geht in die Richtung, die die EU einschlagen wird.“

Vor der Vorlage des MFR-Vorschlags am 2. Mai können Aussagen zu der finanziellen Ausstattung der EU-Förderung nicht seriös getroffen werden. Gleiches gilt für Einschätzungen zu den Förderbedingungen. Hier müssen wir warten, bis wir die Verordnungsentwürfe kennen. Den Zeitraum vor den Vorlagen hat die Landesregierung intensiv dafür genutzt, die nieder-

sächsischen Interessen bei der EU zu platzieren. Diese sind eine angemessene Mittelausstattung der Fonds, eine Strukturförderung für alle Regionen, ein Abbau von Bürokratie, eine substanzielle Vereinfachung der Regelungen – eine deutlich spürbare Entbürokratisierung – und eine Kohärenz der verschiedenen Förderbereiche. Es sind dazu vonseiten der Landesregierung zahlreiche Gespräche auf allen Ebenen, insbesondere in Brüssel, geführt worden.

Als Regionalministerin ist mir die regionale Entwicklung ein ganz zentrales Anliegen. Meiner Auffassung nach ist die Förderung mit EU-Mitteln wie kaum eine andere politische Maßnahme dazu geeignet, den Mehrwert europäischer Zusammenarbeit und Solidarität zu verdeutlichen. Ich möchte ganz schlicht das Wort „Kohäsion“ übersetzen. Es bedeutet nichts anderes als „Zusammenhalt“. Genau darum geht es.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage für die Fragestunde namens der Landesregierung wie folgt:

Frage 1: Befürwortet die Landesregierung den Vorschlag von Frau Ministerin Honé, im Rahmen der EU-Förderung eine Umschichtung von Finanzmitteln aus der ersten in die zweite Säule vorzunehmen?

Antwort Honé: Die Fragesteller gehen davon aus, dass ich mich im Gespräch mit der *Neuen Osnabrücker Zeitung* für eine Schwächung der ersten Säule ausgesprochen habe. Diese Annahme ist nicht richtig. Ich möchte noch einmal die Zitate anführen, mit denen mich die *Neue Osnabrücker Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 15. März 2018 zitiert. Es handelt sich um drei Zitate.

Erstes Zitat: „Ich bin sehr dafür, die sogenannte zweite Säule zu stärken, aus der beispielsweise Dorferneuerungen finanziert werden. Damit lässt sich viel Gutes tun für die ländlichen Räume.“

Zweites Zitat: „Der ländliche Raum ist mehr als Landwirtschaft.“

Drittes Zitat, mit Bezug auf ein Interesse an lebendigen Dörfern: „Das schaffen wir mit Mitteln der zweiten Säule. Dazu gehört, dass wir lebendige Dörfer erhalten“.

Ich habe meine Pressestelle zudem gebeten, den kompletten autorisierten Text noch einmal durchzugehen, der der Redaktion der *NOZ* zur Verfügung gestellt worden ist. In der Tat sprechen wir auch über die erste Säule, allerdings referiere ich da den derzeitigen Diskussionsstand in Brüssel – ungefähr so, wie ich es eben hier gemacht habe. Ich halte also fest: Ich habe mich mit keinem Wort für eine Schwächung der ersten Säule der Agrarförderung ausgesprochen. Und, im Übrigen gibt es keinen Gegensatz zwischen der ersten und der zweiten Säule der Agrarförderung. Beide ergänzen sich.

Wie Sie wissen, werden aus der ersten Säule insbesondere die Direktzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe gewährt. Die zweite Säule fördert die Entwicklung des ländlichen Raums. Sie hat den Vorteil, dass sie sehr flexibel eingesetzt werden kann. Auch die zweite Säule der Agrarförderung stärkt die landwirtschaftlichen Betriebe. Sie stärkt die Infrastruktur, verbessert die Standortbedingungen im ländlichen Raum und stützt die Diversifizierung. Das ist bereits auf EU-Ebene so angelegt und keine neue Erfindung. Insbesondere die Prioritätsachse 6 des ELER spiegelt dieses wider: Breitbandversorgung, Dorfentwicklung, LEADER oder Tourismusförderung gehen auch jetzt schon über den rein landwirtschaftlichen Bereich hinaus. Es geht hier nicht um eine Konkurrenz, sondern um ein vernünftiges und ausgewogenes Miteinander im und für den ländlichen Raum.

Frage 2: Wie stellt sich die Landesregierung die konkrete Aufgabenteilung und -abgrenzung zwischen einer vollständigen Förderbank NBank und einer Koordination der Förderung über die Ämter für regionale Landesentwicklung vor?

Antwort Honé: Seit dem 1. Januar 2014 bestehen die Ämter für regionale Landesentwicklung. An ihrer Spitze sind die Landesbeauftragten, die die regionale Landesentwicklung initiieren, koordinieren, bündeln und realisieren und insbesondere ressortübergreifende regionale Entwicklungskonzepte und Förderprojekte gemeinsam mit ihren Partnern und Partnerinnen vor Ort entwickeln.

Die vier Ämter für regionale Landesentwicklung sind Einheitliche Ansprechpartner für Kommunen und Unternehmen gleichermaßen und für die operative Koordinierung der Förderung in der Fläche zuständig. Der Informationsfluss zwischen der kommunalen, der regionalen und der zentralen Landesebene funktioniert so zuverlässig in beide Richtungen.

Die Investitions- und Förderbank Niedersachsen – die NBank – ist Förderdienstleister des Landes Niedersachsen. Sie berät, bewilligt und prüft u. a. öffentliche Förderprogramme im Auftrag des Landes. Die Ämter für regionale Landesentwicklung helfen bei der Entwicklung regional bedeutsamer Projekte. Sie müssen das Ganze im Blick haben. Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort werden Schwerpunkte der Regionalentwicklung definiert und hierzu passende Projekte initiiert. Das ist eine im Vergleich zur NBank anders gelagerte Aufgabe. Die aktuelle Aufgabenteilung zwischen NBank und Ämtern für regionale Landesentwicklung hat sich meiner Ansicht nach bestens bewährt.

Frage 3: Welche konkreten Vorteile ergeben sich für die Umsetzung der EU-Förderung vor Ort sowie für deren Koordinierung durch die Ämter für regionale Landesentwicklung durch die Herauslösung der entsprechenden Zuständigkeiten aus der Staatskanzlei und deren Eingliederung in ein neu geschaffenes Europaministerium?

Antwort Honé: In der vergangenen Legislaturperiode hat sich die Landesregierung daran gemacht, in allen niedersächsischen Regionen zukunftsfeste Strukturen zu etablieren. Die Ämter für regionale Landesentwicklung waren in diesem Prozess ein unverzichtbarer Partner. Jetzt zeigt die neue Regionalpolitik Wirkung. Sie wird überall im Land von Kommunen, von Wirtschafts- und Sozialpartnern und von Verbänden begrüßt. Für Wirtschaft und Kommunen ist es beispielsweise wichtig, dass bei großen Genehmigungsverfahren ein übergreifender Blick den rein fachlichen ergänzt. Der Wirtschaft, so wird mir immer wieder vorgetragen, geht es auch darum, solche Verfahren schnellstmöglich auf den Weg zu bringen und zu beenden. Die Ämter agieren als Vermittler, Ideengeber, Tempomacher und Ratgeber und sind damit die besten Lobbyisten ihrer jeweiligen Region.

Es ist in Brüssel aufmerksam registriert worden, dass Niedersachsen als erstes Bundesland ein eigenständiges Regional- und Europaministerium ins Leben gerufen hat. In meiner neuen Rolle als Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung werde ich in Gesprächen sowohl bei der EU als auch beim Bund deutlich stärker wahrgenommen. Wir haben so die Möglichkeit, die Belange der Regionen direkt auf höchster Ebene in Brüssel und Berlin voranzubringen. Ich möchte, dass mein neues Ressort Niedersachsen aus seinen Regionen heraus denkt, dass wir eine Politik von unten nach oben leben.

Die Konstruktion dieses Ministeriums ist in Deutschland einzigartig. Die Zuständigkeiten erstrecken sich von der regionalen Ebene auf die Landesebene und von hier – über den Bundesrat – auch auf die Bundesebene und schließlich auf die EU-Ebene. Erkenntnisse, die wir hier gewinnen, können wir bis in die untersten Ebenen heruntergeben – und selbstverständlich auch umgekehrt. Wir werden also den Multi-Level-Governance-Ansatz aktiv mit dem neuen Ministerium leben können. Wir sind in der Lage, alle Ebenen sinnvoll miteinander zu verknüpfen, und können so für Niedersachsen unsere niedersächsischen Interessen auf allen Ebenen ganz stark vertreten und wahren.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Zusatzfragen und Antworten der Ministerin

Dragos Pancescu (GRÜNE): Vor dem Hintergrund, dass Herr Oettinger noch nicht für Klarheit gesorgt hat, und angesichts der richtigen Forderung der Europaministerin Birgit Honé, die zweite Säule stärker als in der Vergangenheit zu fördern, frage ich die Landesregierung, ob auch das Agrarministerium diese Position der gesamten Landesregierung z. B. in Agrarministerkonferenzen vertritt?

Birgit Honé: Ich habe bereits angeführt, dass beide Förderinstrumente – erste und zweite Säule – für Niedersachsen wichtig sind und dass wir in den ländlichen Räumen neben dem starken Hauptakteur Landwirtschaft weitere und ebenfalls starke Akteure brauchen, insbesondere auch im Bereich der Infrastruktur. Insofern sehe ich da keinen Gegensatz.

Ich bin mir sicher, dass es die Landesregierung insgesamt so sieht, dass der Agrarsektor selbst und die Entwicklung ländlicher Räume gleichwertige Ziele der EU-Förderung in Niedersachsen sind.

Horst Kortlang (FDP): Für welche Vorhaben und in welchem Umfang hat das Europaministerium im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung einen Bedarf angemeldet?

Birgit Honé: Detaillierte Anmeldungen sind noch gar nicht möglich, Herr Kortlang. Denn es geht jetzt, wie ich ausgeführt habe, zunächst einmal um die Mittelfristplanung, die von Herrn Oettinger ja erst am 2. Mai vorgestellt werden wird. Hier geht es um den Haushaltsrahmen – wie wir es als Land ja auch machen. Wir werden am 29. Mai hören, wie sich die Kommission das inhaltlich vorstellt.

Susanne Victoria Schütz (FDP): Ich stelle eine ganz konkrete Frage: Wie viele Mittel sind in der aktuellen Förderperiode für die Kulturförderung eingeplant, und wie viele dieser Mittel sind bisher beantragt, bewilligt und ausgezahlt?

Birgit Honé: Wir haben ca. 15 Millionen an EU-Mitteln. Davon sind bisher 8 Millionen Euro bewilligt.

Horst Kortlang (FDP): Was plant die Landesregierung, um die Bürokratie im Rahmen der EU-Förderungen für die Maßnahmenträger hier vor Ort zu entschärfen und zu erleichtern, damit das ein bisschen flotter geht?

Birgit Honé: Zum einen haben wir in Niedersachsen die Erfahrung gemacht, dass wir, die wir den Weg gehen, die Programme verzahnt einzusetzen, dabei immer wieder auf bürokratische Hemmnisse stoßen, da man für jeden einzelnen EU-Fonds einen Antrag stellen muss. Wir möchten gerne, dass es zukünftig möglich ist, dass man Anträge projektbezogen stellen kann, dass es also für den Antragssteller einfacher wird. Das ist eine Forderung.

Des Weiteren fordern wir, dass die EU-Fonds insgesamt stärker miteinander verzahnt eingesetzt werden können. Wir haben die Situation – auch das habe ich der Kommission in Brüssel mehrfach so vorgetragen –, dass es auch in Brüssel eine Versäulung der einzelnen Fonds gibt. In den einzelnen Generaldirektionen wird aber nicht genügend vernetzt gedacht. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Europaministerkonferenz – Niedersachsen hat dort den Vorsitz – haben wir das immer wieder vorgetragen und gesagt: Es muss hier deutlich einfacher werden.

Ich will Ihnen gerne ein Beispiel nennen, das ich immer wieder auch bei Diskussionen vortrage: Die Kollegen vom baden-württembergischen Rechnungshof haben sich dort einmal die Mittel des ELER angeschaut und festgestellt, dass inzwischen 25 Prozent der Mittel für Bürokratie eingesetzt werden. Das halte ich ausdrücklich für nicht akzeptabel. Das ist ein Thema, das wir mit der Kommission in den letzten Jahren sehr intensiv erörtert haben.

Christian Grascha (FDP): Vor dem Hintergrund der Frage zum Haushaltsaufstellungsverfahren hier in Niedersachsen, die der Kollege Kortlang gerade gestellt hat – es geht nicht um die Haushaltsaufstellung in Brüssel durch Herrn Oettinger, sondern um die Haushaltsaufstellung hier in Niedersachsen durch Herrn Hilbers –, frage ich die Landesregierung, frage ich Sie, Frau Ministerin Honé: Welche zusätzlichen Projekte hat das Europaministerium im Rahmen des Eckwertebeschlusses angemeldet? – Im Eckwertebeschluss ist ja festgehalten worden, dass die Ministerien aufgefordert sind, zusätzliche Projekte anzumelden. Welche davon hat das Europaministerium angemeldet?

Birgit Honé: die Landesregierung arbeitet seriös. Deswegen warten wir jetzt erst einmal ab, was Herr Oettinger vorstellen wird. Dann werden wir in der Regierung entscheiden müssen, wie wir die Mittel einstellen, die in der nächsten Förderperiode zur Kofinanzierung notwendig sind.

Dirk Adomat (SPD): Ich frage die Landesregierung, wie sich Niedersachsen in der künftigen Förderperiode aufstellen wird?

Birgit Honé: Ich habe vorhin schon ein bisschen ausgeführt, was wir von der Kommission erwarten, und ich habe auch angeführt, dass wir als Landesregierung auf verschiedensten Ebenen Gespräche geführt haben. Hilfreich ist auch, dass Niedersachsen zurzeit den Vorsitz der Europaministerkonferenz hat, weil wir natürlich die Interessen der Länder - wir haben zwischen den Ländern, insbesondere zwischen den Flächenländern, große Schnittmengen - der Kommission immer wieder vortragen können. Wir müssen jetzt abwarten, was Herr Oettinger zum MFR am 2. Mai sagen wird.

Ich will in dem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Herr Oettinger immer wieder bei verschiedenen Gelegenheiten und auch in der Öffentlichkeit erklärt hat, dass er sehr hofft, die Planungen der Kommission insgesamt vor der Europawahl Ende Mai 2019 unter Dach und Fach zu haben.

Ich muss Ihnen sagen, ich halte das für illusorisch, wenn ich mir angucke, dass wir in der vergangenen Förderperiode fast drei Jahre darauf gewartet haben, dass uns die Kommission, was die Förderprogramme betrifft, zu den Inhalten schlussendlich die notwendigen Dinge mitteilen konnte. Die finalen Vorgaben werden wir also vermutlich erst deutlich nach Beginn der neuen Förderperiode haben. Wenn ich mir anschau, dass wir dann ein neues EU-Parlament haben werden, dann glaube ich, dass sich das alles weiter verzögern wird.

Wir haben bisher Signale bekommen – das habe ich vorhin in meinem Eingangsstatement bereits vorgetragen –, dass sich die Kommission – ich möchte es so sagen – endlich auch den Hinweisen aus dem Mitgliedstaat Deutschland annähert, dass wir eine bessere Verzahnung der Fonds für absolut notwendig halten, damit wir insbesondere die Fonds EFRE, ESF und halt auch ELER für die ländlichen Räume besser verzahnen können, als es bisher auf der Grundlage der Vorgaben der EU möglich ist. Die inhaltlichen Schwerpunkte werden sich weiter fortsetzen im Bereich Innovation. Das ist ja auch jetzt der Schwerpunkt. Das wird wohl von der Kommission auch so weitergehen.

Im Übrigen stellen wir uns natürlich mit den Partnern und Freunden in den Niederlanden darauf ein, dass wir sehr, sehr dafür kämpfen, dass die INTERREG-A-Maßnahmen erhalten bleiben. Denn insbesondere die grenzüberschreitenden Programme stellen den Mehrwert von EU-Mitteln für die Bürgerinnen und Bürger noch einmal sehr exemplarisch dar. Hier ist der eben schon erwähnte Bezirk Weser-Ems in dieser Förderperiode wirklich in einer ausgesprochen guten Situation, weil es dort umfangreiche Gelder gibt, die auch zusammen mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen für ausgesprochen sinnvolle Projekte eingesetzt werden.

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE): Ist es zulässig und geplant, die Mittel des EU-Agrarfonds für den ländlichen Raum, also die ELER-Mittel, von den Ämtern für regionale Landesentwicklung an die dem Wirtschaftsministerium unterstehende NBank abzugeben?

Birgit Honé: Die bisherige Aufteilung hat sich aus Sicht der Landesregierung bestens bewährt, und wir sehen keine Notwendigkeit, bei dem hier von dem Fragesteller genannten Verfahren zu Änderungen zu kommen.

Claudia Schübler (SPD): Ich möchte von der Landesregierung wissen, wie es mit den Stärken der Ämter für regionale Landesentwicklung im Hinblick auf die Förderung aussieht und ob dazu auch konkrete Beispiele benannt werden können?

Birgit Honé: Es gibt eine Reihe von hervorragenden Projekten, die die Ämter für regionale Landesentwicklung initiiert haben. Ich möchte in dem Zusammenhang aber auf eine ganz andere Geschichte kommen, die sich jedoch ebenfalls auf Ihre Frage bezieht.

Sie wissen, wir hatten in 2015 eine echte Herausforderung dadurch, dass viele Flüchtlinge in unser Land gekommen sind und wir in relativ kurzer Zeit mit den Akteuren in den Regionen dafür sorgen mussten, dass insbesondere Unterkunft und Sprachförderung initiiert werden. Sie wissen vielleicht oder waren auch dabei, dass die Ämter hier eine zentrale Rolle gespielt haben, weil sie regionale Integrationskonferenzen durchgeführt haben. Das ist mir von den Akteuren aus den Regionen auch noch einmal als ausgesprochen positiv geschildert worden.

Darüber hinaus gibt es weitere Beispiele wie die Fachkräftesicherung im Rahmen des Fachkräftebündnisses, die Digitalisierung im ländlichen Raum durch den Ausbau der Breitbandversorgung, Projekte, wie der Mittelstand die Digitalisierung meistern kann, Technologietransfer wie das Regionale Netzwerk für Technologie, Innovation und Entwicklung ARTIE und viele Maßnahmen im Bereich der maritimen Wirtschaft.

Dr. Dörte Liebetruh (SPD): Wie unterstützt das Land Kommunen, die Probleme mit der Kofinanzierung von Projekten haben?

Birgit Honé: Als wir uns in der letzten Wahlperiode angeschaut haben, wie es eigentlich dazu kommt, dass die Fördermittel in den einzelnen Regionen so unterschiedlich abgerufen werden, haben wir festgestellt, dass es in Niedersachsen Regionen gibt, in denen Fördermittel eigentlich gar nicht abgerufen wurden. Das galt insbesondere für die EU-Strukturfondsmittel. Wir haben uns gefragt, woran das liegt. Sie wissen ja, dass die Förderung so organisiert ist, dass immer geprüft wird, ob die Projekte gut sind und eine qualitative Wirkung zeigen. Diese Kommunen hatten zwei Probleme. Das erste Problem war, dass sie gar keine Möglichkeit hatten, EU-Mittel zu beantragen, weil sie wegen ihrer Finanzschwäche die Kofinanzierung nicht aufbringen konnten.

Das zweite Problem war, dass sie es sozusagen verlernt hatten, gute Projekte aufzustellen, weil sie es über Jahre hinweg nicht haben üben können. – Das ist übrigens etwas, was ich überaus anerkennend in Richtung Weser-Ems sagen will: Weser-Ems ist auch deshalb ein ausgesprochen gut aufgestellter Bezirk, weil es dort eine jahrzehntelange Praxis gibt, gute Projekte zu entwickeln. Gute Projekte zu entwickeln müssen aber auch andere Regionen des Landes einüben. Dort müssen wir die Kommunen unterstützen, und dafür gibt es die Ämter, die zu meinem Ressort gehören.

Als die Landesregierung das erkannt hat, hat sie ein Kofinanzierungsprogramm für finanzschwache Kommunen aufgelegt, das ausgesprochen erfolgreich läuft. Dadurch kommen die Kommunen in den Genuss der Möglichkeit, Anträge zu stellen. Sie können EU-Mittel generieren und diese EU-Mittel für das einsetzen, wofür sie vorgesehen sind, nämlich um sich zukunftsfest aufzustellen.

Das ist ein ausgesprochen großer Erfolg der letzten Landesregierung, der sich mit dieser Landesregierung fortsetzen wird. Sie haben vielleicht in der Koalitionsvereinbarung gelesen: Da die Mittel so nachgefragt werden, haben sich die Koalitionspartner vorgenommen, den Ansatz auf zehn Millionen Euro zu erhöhen.

Gudrun Pieper (CDU): Sie haben in Ihren Antworten vorhin von der Kohäsionspolitik und auch von der Mitwirkung in der Europaministerkonferenz gesprochen. Ich frage Sie bzw. die Landesregierung: Wie nutzt Niedersachsen die Europaministerkonferenz zur Stärkung der Kohäsionspolitik in Niedersachsen?

Birgit Honé: Es war eine glückliche Fügung, dass das Land Niedersachsen in diesem Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz innehatte, sodass wir zusammen mit unseren Ministerkollegen- und Kolleginnen dieses für alle Länder wichtige Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen konnten und tatsächlich auch in der Lage waren, die notwendigen Gespräche in Brüssel zu führen. - Ich will in dem Zusammenhang sagen: Da hat es keinesfalls geschadet, sondern war natürlich befördernd, dass es für den Bereich jetzt eine eigene Ministerin gibt.

Wir haben mehrere Dinge auf den Weg gebracht. Im Einzelnen: Wir haben eine Stellungnahme zu den kohäsionspolitischen Aspekten des Reflektionspapiers der EU-Kommission über die Zukunft der EU-Finzen beschlossen; das war ein Beschluss in der Sitzung der 75. Europaministerkonferenz vom letzten September. Wir haben eine Stellungnahme zur Zukunft der EU initiiert; das war ebenfalls ein Beschluss der von mir genannten Europaministerkonferenz.

Wir haben die Koordinierung der Stellungnahme des Bundesrates zur Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 vorgenommen. Wir haben eine Koordinierung der gemeinsamen Stellungnahme der Bundesregierung und der Länder zur Kohäsionspolitik der EU nach 2020 veranlasst. Wir haben die Koordinierung der Stellungnahme des Bundesrates zum Reflektionspapier der EU-Kommission über die Zukunft der EU-Finzen übernommen. Auf der nächsten EMK – der letzten unter niedersächsischem Vorsitz; das ist eigentlich schade, wir sind so schön in Schwung gekommen – werden wir das Thema MFR weiterhin intensiv behandeln.

In dem Zusammenhang will ich noch einmal auf Folgendes hinweisen: Es ist natürlich ein zentrales niedersächsisches Anliegen, dass wir uns insbesondere für die Mittel im Bereich der territorialen Zusammenarbeit einsetzen. Wir wollen schauen, dass die Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur erhalten bleiben, sondern dass wir sie möglichst auch ausbauen können.

Stefan Wirtz (AfD): Sie sprachen davon, eine Dorferneuerung wichtig zu finden. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Situation niedersächsischer Dörfer? Und welche konkreten neuen Maßnahmen zur Dorferneuerung hält die Landesregierung daraufhin für Unterstützens wert?

Birgit Honé: Ich bedanke mich für die Frage. Sie gibt mir Gelegenheit, zu sagen, dass die Landesregierung bei der Unterstützung der Dörfer ausgesprochen aktiv ist. Wir wissen, dass Niedersachsen als zweitgrößtes Flächenland bei den ländlichen Regionen einen Schwerpunkt hat. Der Ausbau und die Attraktivierung der Dörfer ist nicht nur für die dort lebende Bevölkerung ein zentrales Anliegen, sondern spielt auch für den Tourismus eine große Rolle. Gleiches gilt im Hinblick auf die Fachkräftesicherung; denn die jungen Familien gehen natürlich dorthin, wo sie eine gute Infrastruktur vorfinden.

Hier kommt zum Tragen, dass Niedersachsen sehr heterogen aufgestellt ist. Wir haben Regionen, die ausgesprochen stark sind und die sich sehr gut entwickelt haben, aber wir haben eben auch Regionen, die nicht so gut entwickelt sind und wo es inzwischen schon dramati-

sche Leerstände gibt. Die Landesregierung hat bereits 2013 damit begonnen, Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Ein sehr prominentes Beispiel dafür ist unser Südniedersachsenprogramm, mit dem wir uns aufgemacht haben, für eine Region, die mit dem demografischen Wandel sehr zu kämpfen hat, Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Ich freue mich sehr darüber, dass dieses Programm auch von den kommunalen Akteuren, von der Wirtschaft, von allen in höchstem Maße anerkannt wird.

Das ist ein sehr deutliches Beispiel für die Schwerpunktsetzung der Landesregierung. Wir wollen, dass es den Menschen in ihrer Heimat gut geht - an dieser Stelle nehmen wir als Landesregierung das Wort „Heimat“ durchaus für uns in Anspruch -, dass sie hier gut leben können und eine vernünftige Infrastruktur haben.

Marcel Scharrelmann (CDU): Was hat Niedersachsen bereits für die aktuelle Förderperiode an Vereinfachungen geschaffen?

Birgit Honé: Ich bedanke mich für diese Frage, gibt sie mir doch Gelegenheit, noch einmal darzustellen, wie erfolgreich wir uns in der letzten Wahlperiode und auch in dieser Periode für Vereinfachungen engagiert haben. Wir haben in der letzten Periode Pauschalbeiträge und Standardeinheitskosten eingeführt. Die damalige Landesregierung hat immer wieder darauf hingewiesen, dass wir von dieser Richtlinienvielfalt weg und zu Vereinfachungen kommen wollen. Ich kann Ihnen heute sagen: Wir haben es geschafft, die Vorgaben von 139 Maßnahmen auf 58 Richtlinien und Fördergrundsätze zu verschlanken. Das sehe ich als echten Erfolg an. Gleichwohl handelt es sich hierbei nur um einen Anfang. Das muss in der nächsten Periode weiter fortgeführt werden.

Die Zusammenfassung und Harmonisierung der allgemeinen Nebenbestimmungen aus den verschiedenen Förderbereichen haben wir uns nicht nur auf die Fahnen geschrieben, sondern auch umgesetzt. Und wir haben erreicht, dass die Anträge inzwischen weitestgehend elektronisch gestellt werden können. Das ist im Rahmen der Digitalisierung ein ganz wesentlicher Punkt. Das werden wir auch weiterhin aktiv fortsetzen.

Ich kann Sie nur bitten: Wenn Sie in Ihren Wahlkreisen Hinweise auf bürokratische Hürden bekommen, die das Land abstellen kann, teilen Sie uns dies mit. Wir haben es zwar oft mit bürokratischen Vorgaben der Kommission zu tun, aber wenn wir etwas auf Landesebene verändern können, dann machen wir gerne. Das ist mein Anspruch: Wir wollen unbürokratischer werden, wir wollen schneller werden.

Susanne Victoria Schütz (FDP): Plant die Landesregierung eine Kampagne im Vorfeld der Europawahl 2019? Wenn ja, mit welchem Inhalt? Wie ist hierzu der Sachstand?

Birgit Honé: Auch für diese Frage bedanke ich mich ausdrücklich. Selbstverständlich planen wir eine Kampagne. Ich möchte Sie alle auffordern aktiv mitzuhelfen. Wir wollen bei der nächsten Europawahl ein gutes Abstimmungsergebnis erzielen. Als Europaministerin wünsche ich mir, dass viele Niedersachsen Europa bestätigen und bekräftigen und zu Europa stehen. Deswegen wird die Niedersächsische Landesregierung gemeinsam mit vielen Partnern und Akteuren in der Fläche - ich hoffe sehr, auch mit Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete - die nächsten Monate aktiv nutzen, um sich für Europa aufzustellen.

Christian Meyer (GRÜNE): Vor dem Hintergrund des zum Nachteil der Regionen Braunschweig und Leine-Weser veränderten Verteilungsschlüssels, den die Ministerin gerade bestätigt hat: Wie viele Anträge aus den Regionen Braunschweig, Südniedersachsen und Leine-Weser können aufgrund der Kürzungen, die die Ministerin vorgenommen hat, nicht bewilligt werden? - Man hätte es ja nicht ändern müssen, wenn man Fördervolumen nicht umverteilen will. Wie viele Anträge werden aufgrund Ihrer Entscheidungen jetzt nicht bewilligt?

Birgit Honé: Die Summen können wir jetzt nicht exakt benennen. Erfreulicherweise gibt es eine Überzeichnung in allen vier Regionen. Darauf ist ja schon hingewiesen worden. Es gibt zurzeit eine Vielzahl von Projekten, und zwar unabhängig von der 25-Prozent-Regelung. Es ist einfach erfreulich, dass Niedersachsen so aufgestellt ist und dass wir so viele gute Projektideen haben. Insofern kann ich nur sagen: Leider reicht das Geld vorne und hinten nicht. Deswegen müssen wir uns auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass es mehr wird und wir all die guten Projektideen, die es in Niedersachsen Gott sei Dank gibt, umsetzen können.

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE): Vor dem Hintergrund, dass es durch die Landwirtschaftsministerin Frau Otte-Kinast die jetzt bekannte Umverteilung der Fördergelder zulasten der Regionen Braunschweig, Südniedersachsen und Leine-Weser gegeben haben soll, stelle ich die Frage, ob das Europaministerium diese Entscheidung mitgezeichnet hat?

Birgit Honé: Die Kollegin Otte-Kinast und ich haben uns zusammengesetzt und die Situation beraten. Es ist ja, wie ich gesagt habe, ausgesprochen positiv, dass wir so viele Anträge haben. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Rückgriff auf die letzte Periode machen. Warum haben wir das überhaupt initiiert? – Ich habe Ihnen vorhin in einem kleinen Exkurs ausgeführt, dass es in den Regionen einen sehr unterschiedlichen Umgang mit der Projektentwicklung gibt. Manche Kommunen haben nicht die Erfahrung und müssen herangeführt werden. Unter anderem deswegen haben wir die Ämter geschaffen.

Wir haben festgestellt, dass es in den beiden Bereichen Braunschweig und Leine-Weser keine so gut eingeübte Tradition gibt. Hinzu kommt – das habe ich vorhin auch schon gesagt –, dass es bei diesen Projekten oft an der Kofinanzierung fehlte. Deswegen haben wir gesagt, eine Art Modellprojekt durch eine Art von Kontingentierung wäre sinnvoll. Das wurde im Übrigen mit der EU-Kommission intensiv besprochen. Die Kommission hat uns auch ermuntert, diesen Weg zu gehen. Wir haben uns darauf verständigt, dies zum Modellprojekt zu machen. Wir stellen fest, dass es nach anfänglichen Schwierigkeiten – das muss man auch sehr deutlich sagen – inzwischen einen stetigen Fortgang bei der Entwicklung der Projekte gibt. Die Erfahrungen sind also aus meiner Sicht positiv.

Frau Otte-Kinast und ich haben gestern gesagt, dass wir das als Modell betrachten wollen. Frau Otte-Kinast hat in ihrer Erklärung vorhin auch gesagt, dass es eine Kompensation geben wird. Das Ministerium schaut zurzeit, was es aktuell noch an Mitteln im Haus gibt. Dann müssen wir schauen, wann der Bund die GAK-Mittel freigibt.

Ich will zu den GAK-Mitteln noch etwas sagen, was Sie im Grunde alle wissen. Das Problem mit den GAK-Mitteln ist – das betrifft alle Regierungen, Herr Bode; auch die schwarz-gelbe Regierung hat das betroffen –, dass diese Mittel jährlich sind. Das ist das Hauptproblem. Wir müssen mit dem Bund erreichen, dass wir diese Mittel mehrjährig verausgaben können, weil es für die Projektplanung erforderlich ist. Insofern müssen wir in Verhandlungen mit dem Bund erreichen, dass diese Mittel planerisch über Jahre hinweg einsetzbar sind. Dann wird es auch diese Dramatik mit dem Verfall der Mittel nicht mehr geben. Natürlich ist es für eine Landesregierung – für jede Landesregierung – schwierig, so schnell zu einer Umsteuerung zu kommen. Diese Problematik hat es meines Wissens – ich bin ein paar Jahre in Niedersachsen unterwegs, wie Sie wissen – immer wieder gegeben.

Christian Grascha (FDP): Vor dem Hintergrund der Zielsetzung der Landesregierung, insbesondere die Region Südniedersachsen zu stärken, frage ich sie, ob es dann nicht kontraproduktiv ist, wenn man bei den ZILE-Maßnahmen Kürzungen durchführt.

Birgit Honé: Das erfolgreiche Südniedersachsenprogramm lebt ja aus vielen Fördertöpfen. Von meiner geschätzten Kollegin Frau Otte-Kinast ist angeführt worden – ich habe es eben auch gesagt –, dass es eine Absprache zwischen uns gibt, dass aus Mitteln aus dem ML, die dort noch zur Verfügung stehen, auch Projekte aus den beiden Regionen bedient werden

sollen. Darüber hinaus gibt es die Absprache, dass aus weiteren Mitteln, die der Bund freigeben wird, weitere Projekte auf der Liste mitfinanziert werden.